

Wege in die Zukunft aus gesamtwirtschaftlicher Sicht

VORTRAG

anlässlich des
Wirtschafts- und Technologieforums Lüdenscheid 2003 des
Arbeitgeberverbandes der Metall- und Elektro-Industrie Lüdenscheid e.V.

am 07. November 2003 in Lüdenscheid



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich bei den Verantwortlichen Ihres Verbandes für Ihre freundliche Einladung zu Ihrem Wirtschafts- und Technologieforum sehr herzlich bedanken. Ich bin dieser Einladung sehr gerne gefolgt und freue mich, hier und heute auf Ihrem Lüdenscheider Forum als Gastredner mit Ihnen in einen Dialog treten zu dürfen.

Allerdings haben Sie mir keine leichte Aufgabe gestellt – Ökonomen sind qua Profession dazu da, um im Rahmen ihrer Prognosen natürlich einen Blick in die wirtschaftliche Zukunft zu werfen, aber sie sind dabei auch oft von der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung überrascht und korrigiert worden. Diese Gefahr ist gerade in dieser Phase des Umbruchs in wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen groß. So ist es schon deswegen gegenwärtig nicht einfach, eine seriöse Prognose und damit Einschätzung der zukünftigen Entwicklung abzugeben.

Ich glaube, wir alle sind uns zunächst weitgehend einig darin, dass uns allen gegenwärtig der Wind nicht mehr so kräftig ins Gesicht bläst, wie das sicherlich noch vor Jahresfrist der Fall war. Gott sei Dank verdichten sich in den aktuellen Umfragen, Prognosen und Indikatoren die Hinweise auf eine moderate Konjunkturerholung im kommenden Jahr. So erwarten die Institute und auch das IW ein Wachstum des realen BIP 2004 in einer Größenordnung von 1,75 Prozent.

Aber können wir deswegen gleich optimistisch oder gar unbeschwert in die Zukunft schauen, nur weil die Anzeichen einer konjunkturellen Erholung sich in den bisher vorgelegten Prognosen verdichten? Ist die konjunkturelle Erholung nach Bereinigung der feiertagsbedingten Sondereffekte stark genug, um nachhaltig zu sein, und wie weit profitieren Arbeitsmarkt und Mittelstand davon? Dieses sind sicherlich mehr als nur rhetorische Fragen, die ich nun im weiteren Verlauf meines Vortrages mit Ihnen diskutieren möchte.

Wagt man sich nun gleichwohl, wie es im Vortragsthema angedeutet ist, an die zentrale Fragestellung „Quo vadis Mittelstand“ heran, so kommt man nicht umhin, zunächst eine Standortbestimmung vorzunehmen, um damit aufzuzeigen, wo steht man heute und welche Wege sollte man einschlagen, um die Zukunft möglichst erfolgreich zu meistern.

Nun, wo stehen die deutsche Wirtschaft und der Mittelstand heute nach drei schwierigen Jahren der ökonomischen Stagnation?

Bevor ich hierbei zu einigen nüchternen konkreten facts and figures komme, lassen Sie mich mit einer kleinen anekdotisch anmutenden Evidenz oder auch persönlichen Einschätzung der Großwetterlage beginnen. Seit nun mehr 24 Jahren arbeite ich im Institut der deutschen Wirtschaft und habe mich - wen wundert's - während dieser Zeit mit mancherlei Themen beschäftigt. Regelmäßig erhalten wir dabei als gastfreundliches Institut Besuch von ausländischen Kollegen aller Herren Länder, insbesondere in jüngerer Zeit aus China, Japan und verstärkt auch aus den osteuropäischen Staaten, die in die EU aufgenommen werden.

Früher standen bei diesen Besuchen immer die Fragen im Vordergrund: Wie können wir von Deutschland lernen? Wie können wir dieses Erfolgsmodell Bundesrepublik Deutschland auch in unserem Land, wenn nicht kopieren, so doch als Vorbild heranziehen?

Die Fragestellungen der ausländischen Besucher haben sich jedoch seit einiger Zeit grundlegend gewandelt. So müssen wir nun beispielsweise den Kollegen aus China erklären: Warum ist Deutschland als die größte Volkswirtschaft in Europa zugleich die erfolgloseste in bezug auf Wachstum und Beschäftigung? Oder gar: Wie konnte es dazu kommen, dass nicht mehr Großbritannien sondern die Bundesrepublik den wenig schmeichelhaften Titel „Kranker Mann Europas“ inne hat?

Ehrlicherweise können wir nur sagen: Leider stimmt dieser Befund, denn wir tragen beim Wachstum und der Beschäftigung immer noch die rote Laterne und versinken bei vielen anderen Faktoren im internationalen Länderranking ins Mittelmaß oder wie bei Pisa gleich im unteren Drittel der Tabelle. Zwar sollte man den Standort nicht nur einseitig negativ bewerten. So gibt es in dem jährlich erscheinenden Standortranking des ‚Genfer Instituts for international Management and Development‘ auch Lichtblicke, wie z.B. bei der Infrastruktur und auch bei der Qualifikation der Mitarbeiter, die man keineswegs vernachlässigen sollte, jedoch fällt die Bundesrepublik in vielen auch für kleine und mittlere Unternehmen entscheidenden Kriterien, wie z.B. der Arbeitsmarktregulierungsdichte, den Staatsfinanzen und damit auch bei der Höhe der Steuer- und Sozialabgabenbelastungen zurück und macht damit den Unternehmen das Leben, und manchmal - so zeigt die Insolvenzstatistik - auch das Überleben schwer. Hierbei müssen wir in unseren Analysen jedoch immer unterscheiden zwischen dem Standort Deutschland auf der einen und der Leistungsfähigkeit der Unternehmen auf der anderen Seite. So ist es einerseits erstaunlich, wie sich viele Unternehmen trotz dieser widrigen Standort- und damit Wettbewerbsbedingungen bei den Arbeitskosten und fiskalischen Belastungen auf den Weltmärkten behaupten, andererseits ist es aber auch ernüchternd, wie viele auch kleine Unternehmen allein in diesem Jahr den Gang zum Konkursrichter antreten mussten.

Was also muss getan werden, um diese Negativentwicklung zu stoppen und der Mittelstand seine wichtige Funktion für unsere Volkswirtschaft und damit für innovatives Wachstum und nachhaltige Beschäftigung auch in Zukunft ausüben kann?

Die Antwort liegt auf der Hand: Von Seiten der Politik sollte nicht nur in Sonntagsreden und neuerdings auch verstärkt in Fernsehtalkshows die ökonomische und vor allem beschäftigungspolitische Bedeutung des Mittelstandes immer wieder betont werden, sondern es sollten statt dessen auch die vielzitierten gesetzlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die kleineren und mittleren Unternehmen auch tatsächlich eine faire Chance haben, weiterhin als Motor für Beschäftigung und Innovation am Standort Bundesrepublik Deutschland tätig zu sein.

Das ist, so meine ich, ein zentraler Punkt und ein wichtiges Anliegen des Mittelstandes und damit auch Ihrer Branche, auf das ich nun im weiteren Verlauf meines Referates ein wenig näher eingehen möchte.

Wie wichtig und entscheidend dieses Anliegen „Mittelstand als Motor für Beschäftigung und Innovation“ für unsere Volkswirtschaft insgesamt ist, verdeutlichen bereits ein paar wenige Indikatoren. Auch wenn vielen von Ihnen diese Fakten bekannt sind, muss man diese Zahlen immer wieder nennen, um sie in der Öffentlichkeit und vor allem auch den politischen Entscheidungsträgern deutlich und bewusst zu machen. Die über drei Millionen kleinen und mittleren Unternehmen tragen in Deutschland gleich in vielerlei Hinsicht entscheidend zu unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung bei. Dieser Stellenwert der Unternehmen wird deutlich, wenn man folgende Zahlen betrachtet:

- ◆ 70 Prozent aller Arbeitnehmer sind in kleinen und mittleren Unternehmen tätig.
- ◆ Was ganz wichtig ist: 82 Prozent aller Lehrlinge werden hier ausgebildet.
- ◆ 49 Prozent der gesamten unternehmerischen Wertschöpfung wird von kleinen und mittleren Unternehmen erarbeitet.
- ◆ Und schließlich 46 Prozent aller Bruttoinvestitionen werden von kleinen und mittleren Unternehmen getätigt.

Ich brauche hier nun diese Ihnen bekannte Liste nicht weiter fortzuführen, um damit den Beweis dafür zu erbringen, dass tatsächlich eben nicht primär die großen Konzerne sondern der Mittelstand als Motor für Beschäftigung und Dynamik unserer gesamten Volkswirtschaft dient.

Übersicht 1:

Quo vadis Mittelstand ?

Beschäftigungsmaschine Mittelstand

Jahr 2001	
Erwerbstätige in 1.000	
Kleinunternehmen	6.470
Mittelstand	20.584
Großunternehmen	7.005
Alle	34.059
Anteile 2001 in Prozent	
Kleinunternehmen	19,0
Mittelstand	60,4
Großunternehmen	20,6
Alle	100,0
Veränderung 2001 gegenüber 1996 in Prozent	
Kleinunternehmen	5,6
Mittelstand	- 0,6
Großunternehmen	-16,8
Alle	- 3,4

BKTex

W CONSULT

Das ist jedoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur die eine Seite der Medaille.

Übersicht 2:

Quo vadis Mittelstand ?

Kleine manchmal ganz groß

	KMU	Großun- terneh- men	Große = 100
Nettoumsatzrendite	1,6	2,0	80
Eigenkapitalquote	18,0	30,1	60
Exportquote	9,2	25,9	36
Anteil Personalaufwand	25,5	20,9	122
Anteil Materialaufwand	52,6	60,6	87
Anteil Fachkräfte	79,9	79,6	100
Akademikeranteil	8,0	14,5	55
Frauenanteil	45,2	39,9	113
Bruttoverdienste (alle Unternehmen = 100)	94,1	122,8	77

BKTex

W CONSULT

Der Mittelstand ist auf der anderen Seite gegenüber den Großen mit handfesten Handicaps ausgestattet. Es zeigt sich, dass die KMU, die hier definiert werden als Unternehmen mit einem Umsatz von maximal 50 Millionen Euro, gemessen an der Nettoumsatzrendite, im Vergleich zu den Großen weniger verdienen und auch eine deutlich dünnere Eigenkapitaldecke haben. Kleinere und mittlere Unternehmen beschäftigen zwar vergleichsweise zu den großen weniger Akademiker, dafür jedoch mehr Frauen. Im Gegensatz zu der dünneren Eigenkapitaldecke muss letzteres kein Nachteil sein.

Wie ich aus der jüngsten Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung erfahren habe, sind kleinere und mittlere Unternehmen auch deutlich stärker durch die hohen Bürokratiekosten belastet als die Großunternehmen – ein Punkt, auf den ich noch zurückkommen werde.

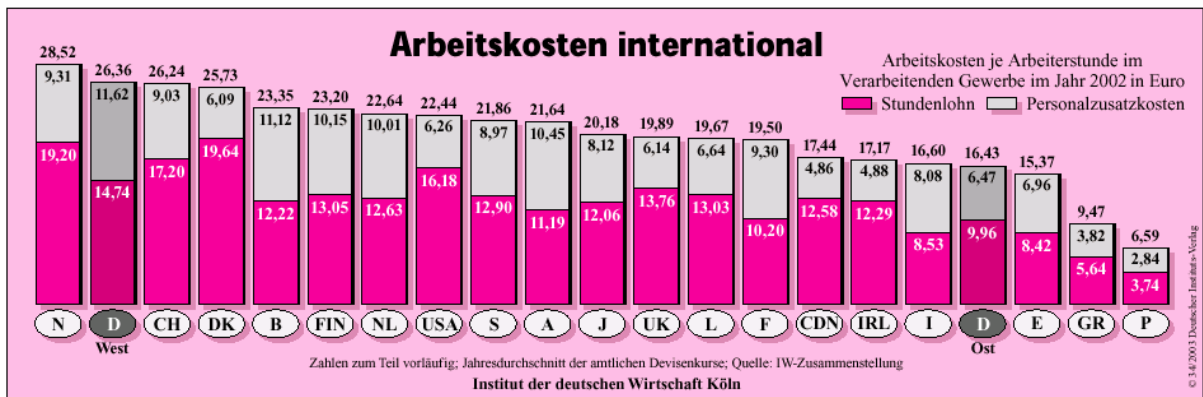
Selbst dann, wenn es zu der prognostizierten konjunkturellen Aufwärtsentwicklung kommt, werden die oben genannten Handicaps für den Mittelstand nicht alle automatisch verschwinden. Hierzu ist eine Neujustierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder auch eine umfassende Reform in zentralen Bereichen notwendig. Der von der Bundesregierung initiierte Weg der vielzitierten Agenda 2010 kann nur als ein erster Schritt in die richtige Richtung bewertet werden. Wenn man genau hinschaut, so gilt dieses positive Urteil nicht einmal in allen Bereichen. Konkret: Wo liegen die Haupt-Handicaps bei den wichtigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, beispielsweise in der Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, und welche Reformschritte sind einzuleiten?

Zu den wichtigen Standortfaktoren zählen hierbei aus unternehmerischer Sicht die Höhe der Arbeitskosten.

Wie die folgende Übersicht zeigt, wird die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland nach wie vor durch die hohen Arbeitskosten beeinträchtigt. Zwar sind wir hier 2002 „nur noch Vizeweltmeister“, liegen aber mit dem Wert von 26,36 Euro weit

über den wichtigsten europäischen Konkurrenten. Zu dieser hohen Kostenbelastung tragen bekanntermaßen nach wie vor die vergleichsweise zu anderen Ländern hohen Personalzusatzkosten bei.

Übersicht 3:

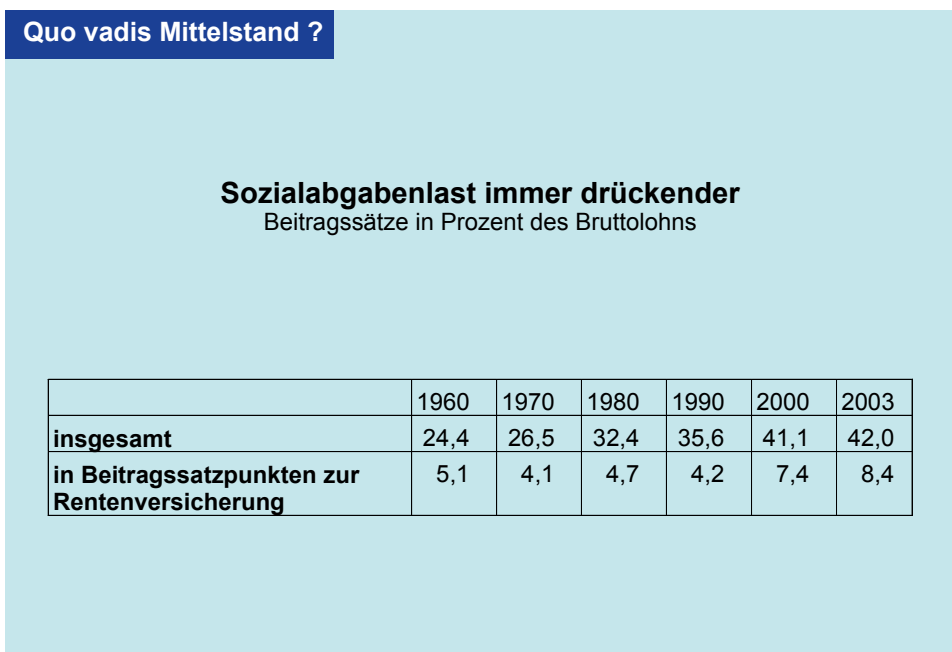


Das Problem:

Wenn in Deutschland die legale Wirtschaft schwächelt und stattdessen die Schwarzarbeit blüht, dann liegt das nicht zuletzt an zu hohen Lohnzusatzkosten. Auf 100 Euro Direktentgelt kommen im Schnitt noch einmal rund 77 Euro Personalzusatzkosten. In einzelnen Branchen des Dienstleistungssektors hat der „zweite Lohn“ mittlerweile sogar den ersten Lohn überholt. Die Schere zwischen Arbeitskosten und Nettoentgelt klafft immer weiter auseinander. Kaum eine andere Nation weist einen derart breiten Abgabenkeil auf. Als Konsequenz wird legale Arbeit immer unattraktiver.

Für die Verteuerung der Arbeit sind die Sozialkosten und damit wachsenden Sozialversicherungsbeiträge die Hauptursache.

Übersicht 4:



Innerhalb von gut drei Jahrzehnten sind diese von 26,5 auf 42,0 Prozent geklettert. Daran hat auch die Tatsache nichts geändert, dass der steuerfinanzierte Anteil der Rentenversicherungsausgaben vor allem seit Einführung der Ökosteuern auf mittlerweile rund 74 Milliarden Euro oder gut 31 Prozent gestiegen ist. Vor der Wiedervereinigung lag der Steuerzuschuss noch unter 20 Prozent. Was dieser starke Anstieg der Sozialbeiträge für den Arbeitsmarkt und damit für unser wirtschaftliches Wachstum bedeutet, wird klar, wenn man bedenkt, dass ein zusätzlicher Prozentpunkt Beitragssatz rund 100.000 Arbeitsplätze kostet.

Hieraus resultieren folgende zentrale Reform- Anforderungen:

1. Die soziale Sicherung muss vom Arbeitsverhältnis durch mehr private Vorsorge entkoppelt werden, um den Teufelskreis von steigenden Sozialleistungen und steigender Arbeitslosigkeit zu durchbrechen.
2. Der Wettbewerb ist auf allen Ebenen zu stärken. Es gibt keinen wirksameren und preiswerteren „Kontrollleur“ von Kosten und Leistungen als den Wettbewerb.
3. Langfristig kann die anhaltende Lastverschiebung auf die junge Generation nur durch einen schrittweisen Umstieg von der Umlagefinanzierung auf die Kapitaldeckung unterbunden werden.

Neben den Arbeitskosten und Sozialabgaben drückt bei den Steuern trotz oder auch gerade wegen den Reformen der Schuh. Nach wie vor gilt: Die Bundesrepublik ist ein Hochsteuerland. Dies belegen eindrucksvoll eine Vielzahl von Studien (siehe Übersicht 5). Das gilt insbesondere für die Personengesellschaften. Ihre tarifliche Grenzbelastung liegt bei einem unterstellten Hebesatz von 400 Prozent gegenwärtig immer noch über 50 Prozent (siehe Übersicht 6). Auch die Tarifbelastung der Kapitalgesellschaften liegt weiterhin über der Zielmarke von 35 Prozent, die die Bundesregierung einmal angepeilt hat.

Übersicht 5:

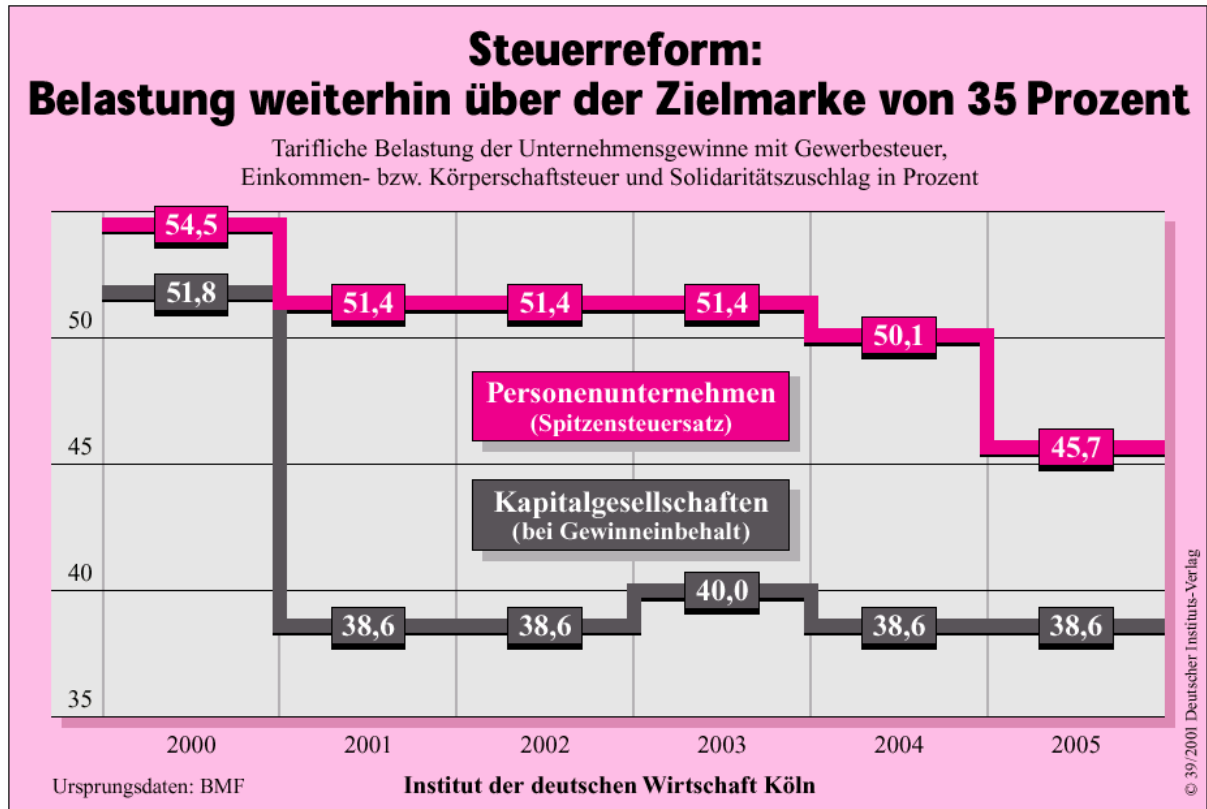
Quo vadis Mittelstand ?

Hohe Abgaben – teure Arbeit

	Effektiver Durchschnittssteuersatz ¹⁾	Abgabenkeil (in Prozent der Arbeitskosten) ²⁾
Deutschland	34,9	52
Frankreich	34,7	48
Belgien	34,5	56
Luxemburg	32,2	-
Niederlande	31,0	45
Spanien	31,0	38
Portugal	30,7	34
Verein. Königreich	28,3	30
Griechenland	28,0	47
Österreich	27,9	45
Italien	27,6	47
Dänemark	27,3	44
Finnland	26,6	-
Schweden	22,9	50
Irland	10,5	29

¹⁾ 2001; ²⁾ 2000.
in Prozent, nur Kapitalgesellschaften.
Quelle: EU-Kommission; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Übersicht 6:



Mitverantwortlich für die hohe Steuerbelastung zeichnet auch das Steuerfossil aus den Zeiten der Französischen Revolution ‚Gewerbesteuer‘. Sie wissen, hier gibt es seit geraumer Zeit eine kontroverse Diskussion, die selbst ein Steuerfachmann kaum noch nachvollziehen kann. Konnte man bei dem ersten Reformentwurf zur Gemeindefinanzierungssteuer noch hoffen, dass diese Reformlösung Fortschritte bringen würde, so hat man jetzt aufgrund des lauten Wehklagens der Kommunen dieses Konzept massiv verschlimmbessert, indem man nun in einem erheblichen Umfang wiederum ertragsunabhängige Elemente, wie z.B. Mieten, Pachten und Leasingraten, in die Bemessungsgrundlage einbeziehen will. 1998 hatte man aus guten Gründen die ertragsunabhängige Gewerbesteuer abgeschafft und fällt nun in den alten Fehler zurück. Niemand bestreitet, dass die Kommunen sich in einer argen Finanznot befinden, als Mitglied der Sachverständigen-Kommission habe ich jedoch nur noch ein verständnisloses Kopfschütteln für die Reformstrategie der Kommunen übrig. Bei Bedarf bin ich gerne bereit, Ihnen hierzu noch nähere Auskünfte zu geben.

Die zentralen Anforderungen für eine rationale Steuerpolitik liegen damit auf der Hand:

Die Steuerbelastung muss auf ein international konkurrenzfähiges Niveau gesenkt werden, um den Standort Deutschland für Investoren und auch hoch qualifizierte Mitarbeiter aus aller Welt konkurrenzfähig zu machen. Der internationale Steuerwettbewerb zeigt sich heute deutlicher als je zuvor und übt einen heilsamen Druck auf die Nationalstaaten aus, die hohen Sätze zu senken. Nach einigen Diskussionen plädiert daher auch unser Institut für ein Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf 2004. Das für ein Jahr notwendige zusätzliche Finanzierungsvolumen in Höhe von 15,6 Milliarden Euro sollte jedoch nicht ausschließlich über neue Schulden, sondern soweit wie möglich über Subventionsabbau, Privatisierungserlöse und auch Einsparungen erbracht werden.

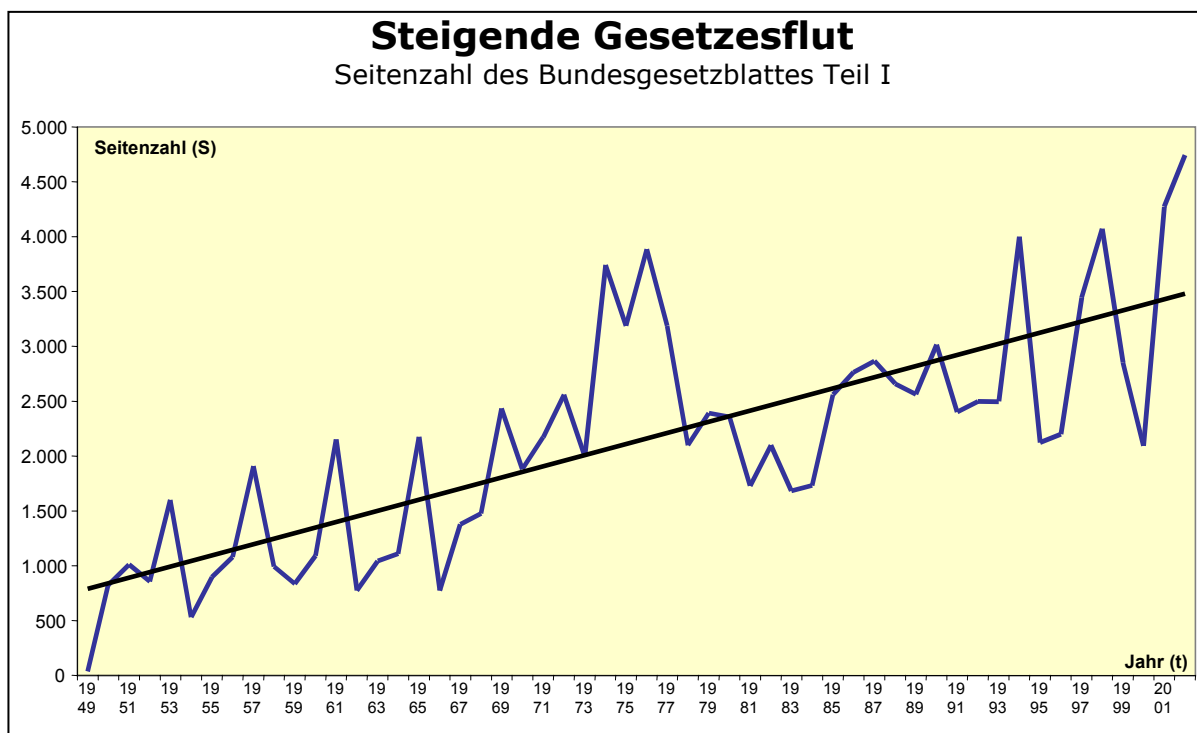
Reformbedarf aus unternehmerischer Sicht besteht auch bei der Erbschaftsteuer. Die Erbschaftsteuer wird in der Bundesrepublik Deutschland anders als in den angelsächsischen Ländern nicht als Nachlasssteuer, sondern als Erbanfallsteuer erhoben. Insbesondere für mittelständische Unternehmen wird dadurch im Erbfall der Betriebsübergang auf den Nachfolger erschwert, weil selbst bei Anwendung der günstigen Steuerklasse I bis zu 30 Prozent des gesamten Betriebsvermögens an den Fiskus entrichtet werden müssen und dadurch der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wird. Um dies zu verhindern, sollte die Erbanfallsteuer in eine Nachlasssteuer umgestaltet werden und zudem ein deutlich niedriger Tarif zur Anwendung kommen. Im Gegenzug könnten die Freibeträge abgeschafft und damit die Bemessungsgrundlage verbreitert werden, so dass dem Fiskus keine hohen Einnahmeausfälle drohen und zugleich das Steuerrecht vereinfacht wird.

Last but not least drückt der Schuh bei der überbordenden Bürokratie, deren Last in den letzten Jahren nicht abgenommen sondern zugenommen hat.

In vielen Bereichen zeigt sich immer deutlicher:

Bürokratie hat sich wie Mehltau über unser Land gelegt. Sie lähmt unternehmerische Initiative und bremst wirtschaftliche Innovationen. Statt Raum für Freiheit und Verantwortung zu schaffen, hat sie zu einer Vollkasko-Mentalität in Deutschland geführt. Seit Jahren und Jahrzehnten wird die Lichtung des Paragraphen-Dschungels von vielen Seiten gefordert. Trotz zahlreicher Bemühungen, unzähliger Initiativen und vieler Kommissionen ist der Bürokratieabbau bisher aber gescheitert. Dies macht die stetig steigende Zahl von Gesetzen und Rechtsverordnungen deutlich. Im Zeitraum 1998 bis 2002 sind allein auf Bundesebene 382 Gesetze und 1.361 Rechtsverordnungen neu in Kraft gesetzt worden. Auf Bundesebene galten damit Mitte 2002 insgesamt 2.197 Gesetze mit 46.799 Einzelschriften, dazu 3.131 Rechtsverordnungen mit nochmals 39.197 Einzelschriften. Die Kosten dafür sind mit über 46 Milliarden Euro immens – die Hauptlast davon hat der Mittelstand zu tragen.

Übersicht 7:



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft.

Wie stark die Bürokratie expandiert ist, lässt sich besonders gut am Seitenumfang des Bundesgesetzblattes ablesen. Während im Durchschnitt der fünfziger Jahre der Bundesgesetzgeber dort noch mit 1.054 Seiten auskam, waren es in den 70er Jahren schon 2.711. In den 90er Jahren kletterte der Umfang auf 2.911 Seiten, um dann im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002 sogar 3.704 Seiten zu erreichen. Grund für die andauernde Vermehrung der Vorschriften ist, dass es bisher keine systematischen, auf Dauer angelegten und damit durchgreifenden Maßnahmen und Instrumente zum Rückbau der Bürokratie gibt. Die Erfahrung der Vergangenheit hat gezeigt, dass das bloße Durchforsten von Einzelschriften höchstens für begrenzte Zeit Linderung verspricht, allzu oft schon im Vorfeld an Einzelinteressen scheitert und eine neue Überregulierung nicht wirksam verhindert. Nur wenn das Übel mutig an der Wurzel gepackt wird, können Bürger und Unternehmen wieder mehr Entscheidungsfreiheit gewinnen. Es geht um eine glaubhafte, systematische Selbstverpflichtung zum Abbau von Bürokratie. Deutschland braucht ein neues Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die zentralen Reformanforderungen lauten:

1. Geltende Vorschriften müssen auf den Prüfstand, der Bestand an Vorschriften muss verringert werden.
2. Gesetze müssen grundsätzlich befristet, Verordnungen begrenzt werden.
3. Genehmigungsverfahren müssen verkürzt werden.
4. Es muss weniger Richterrecht, insbesondere beim Arbeitsrecht, geben.
5. Der Bürokratieabbau soll auch für Länder, Kommunen und die EU gelten.

Zu der Grundlast und zu den generellen Hemmnissen in Deutschland gehört auch, dass wir im internationalen Vergleich kein gutes gesellschaftliches Umfeld für Entrepreneurship haben. Der Unternehmer gilt zu wenig in der Gesellschaft.

Das ist nicht eine Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz sondern auch der gesetzlichen Hürden, die im Vergleich zu anderen Ländern in vielen Bereichen zu hoch sind. Das gilt für die Steuern wie auch für Rentenversicherungs- und Sozialsysteme. Sie bieten insgesamt zu wenig Anreize, um Eigeninitiative zu ergreifen und selbständig zu werden.

Eine wichtige Hürde für Start-ups ist die Angst vor dem Scheitern, wie Befragungen immer wieder zeigen. In Deutschland hält dies 50 Prozent der Befragten davon ab, eine Geschäftsidee umzusetzen, in den USA sind es nur 20 Prozent.

Die Liste mittelstandsspezifischer Lasten, von Seiten der Politik und auch der öffentlichen Meinung auferlegt, ist mit diesen Beispielen bei weitem nicht erschöpft. Unlautere Konkurrenz durch wirtschaftliche Betätigung von Kommunen unter dem Deckmantel der Gemeinwohlorientierung könnte als weiteres Beispiel hinzugefügt werden. Ich will mir weitere Einzelheiten aus Zeitgründen ersparen. Jedoch, so zeigt eine gerade bei uns durchgeführte Untersuchung, an der ich persönlich beteiligt war, betätigen sich der Staat und hier insbesondere die Kommunen zusehends als Unternehmer in Bereichen, in denen sie überhaupt nichts zu suchen haben, beispielsweise indem kommunale Eigen- oder Regiebetriebe Reisebüros oder gar Gaststätten betreiben und damit der Privatwirtschaft das Wasser abgraben.

Uns hat hierbei überrascht, dass ausgerechnet in den südlichen finanzstarken Bundesländern, insbesondere in Bayern, die Kommunen ihre Haushalte durch derartige Tätigkeiten aufbessern.

Auch hierzu bin ich gerne bereit, bei Bedarf weitere Auskünfte zu geben, möchte jedoch mit meinen Hinweisen auf die mittelstandsspezifischen Bürden nur deutlich machen,

was der Mittelstand an Verschlechterungen seines Umfeldes in der letzten Zeit erfahren und zu verkraften hatte.

Nun, meine Damen und Herren, werfen wir trotz aller bürokratischen und politischen Hemmnisse und Hürden einmal den Blick nach vorne und schauen, vor welchen weiteren großen Herausforderungen und Aufgaben der Mittelstand und damit auch Ihre Branche in der Zukunft steht. So möchte ich Ihnen aus der Sicht eines Ökonomen zwei der wichtigsten nennen und kurz erläutern:

1. Finanzierung
2. Globalisierung

Starten wir mit dem ersten Bereich, so braucht man kein Prophet zu sein, um zu prognostizieren, dass erhebliche Umwälzungen bei der Unternehmensfinanzierung auf den Mittelstand zukommen werden.

Zwei maßgebliche Entwicklungen begründen diese Einschätzung:

Auf der einen Seite ist es der Strukturwandel bei der Finanzierung. Wir erkennen einen klaren Trend hin zu mehr Eigenkapitalfinanzierung und kapitalmarktorientierter Fremdfinanzierung. Die Großunternehmen sind hier die Vorreiter, der Mittelstand hinkt hinterher. Hinzu kommt aber auf der anderen Seite, dass gerade der für den Mittelstand so wichtige klassische Bankkredit (siehe **Übersicht 8**) aufgrund der neuen Richtlinien zur Hinterlegung von Eigenkapital bei Banken – der sogenannte Basel-II-Akkord – in Zukunft teurer werden könnte.

Übersicht 8:

Quo vadis Mittelstand ?

Bilanzstruktur ausgewählter Branchen in Deutschland

Angaben in Prozent der Bilanzsumme für das Jahr 2000

Umsatz- größenklasse	Eigen- kapital	Rück- stellun- gen	Verbind- lich- keiten	darunter: Banken	Darunter: Liefe- ranten ²⁾	darunter: lang- fristig
0 - 2,5 Mio Euro	9,6	8,0	82,3	36,8	21,1	29,0
2,5 – 50 Mio Euro	20,2	11,8	67,7	26,7	17,6	19,6
über 50 Mio Euro	26,1	27,8	45,5	8,2	11,8	8,6
Alle	25,3	25,7	48,4	10,5	12,5	10,0

Quelle: Deutsche Bundesbank

BKTex

CONSULT

Bei der Diskussion dieses schwierigen Themas ist es nützlich, sich zunächst einige Fakten ins Gedächtnis zu rufen:

Der Mittelstand hat eine deutlich niedrigere Eigenkapitaldecke als Großunternehmen. Die Eigenkapitalquoten sind in Deutschland generell niedriger als in den meisten anderen Industrieländern. Die Folge sind ein erschwerter Zugang für mittelständische

Unternehmen an internationalen Kapitalmärkten und vor allem Probleme bei der Finanzierung besonders riskanter Investitionen.

Die Finanzierung ist bei mittelständischen Unternehmen stärker von Bankkrediten abhängig als bei Großunternehmen. So zeigt eine Untersuchung der Bundesbank, dass bei kleinen Unternehmen mit bis zu 2,5 Mio. Euro Umsatz der Anteil der Bankkredite an den Passiva der Bilanz zwischen 33 und 40 Prozent liegt, während es bei Unternehmen mit mehr als 50 Mio. Euro Umsatz weniger als 11 Prozent sind.

In Deutschland dominiert das Hausbankenprinzip. Etwa 75 Prozent der gesamten Verschuldung eines kleinen oder mittelgroßen Unternehmens sind auf die Hausbank konzentriert. Umfragen zufolge besitzen etwa 40 Prozent dieser Unternehmen nur eine einzige Hausbankenbeziehung. Der externe Kapitalmarkt wird als Finanzierungsquelle kaum genutzt.

Auf diese Struktur trifft nun in den nächsten Jahren die Neuregelung der Eigenkapitalhinterlegungsvorschriften für Banken. Dieses unter dem Stichwort ‚Basel II‘ bekannte Regelwerk sorgt im Mittelstand für einige Aufregung. Bisher war es so, dass jedes international tätige Kreditinstitut bei einer Kreditvergabe mindestens 8 Prozent der Kreditsumme als Eigenkapital hinterlegen muss.

Das Kernanliegen des Basel-II-Akkord ist eine risikogerechtere Eigenkapitalhinterlegung des Bankgeschäftes. Für Kredite mit niedrigeren Risiken soll die Hinterlegungsquote abgesenkt und für höhere Risiken entsprechend erhöht werden. Das wird dazu führen, dass Kredite an solvente Unternehmen mit deutlich weniger als acht Prozent Eigenkapital hinterlegt werden müssen. Bei Unternehmen mit einer schlechteren Bonität steigt dieser Anteil entsprechend an.

Gegen diese marktäquivalente Risikobewertung ist an sich nichts einzuwenden. Warum sollen Unternehmen von einer besseren Bonität nicht profitieren?

Den Mittelstand beschäftigt jedoch - wie ich meine zu Recht - eine große Sorge. Es ist die Frage: Wie wird das Risiko eines durchschnittlichen typischen Mittelstandskredits in Zukunft eingestuft?

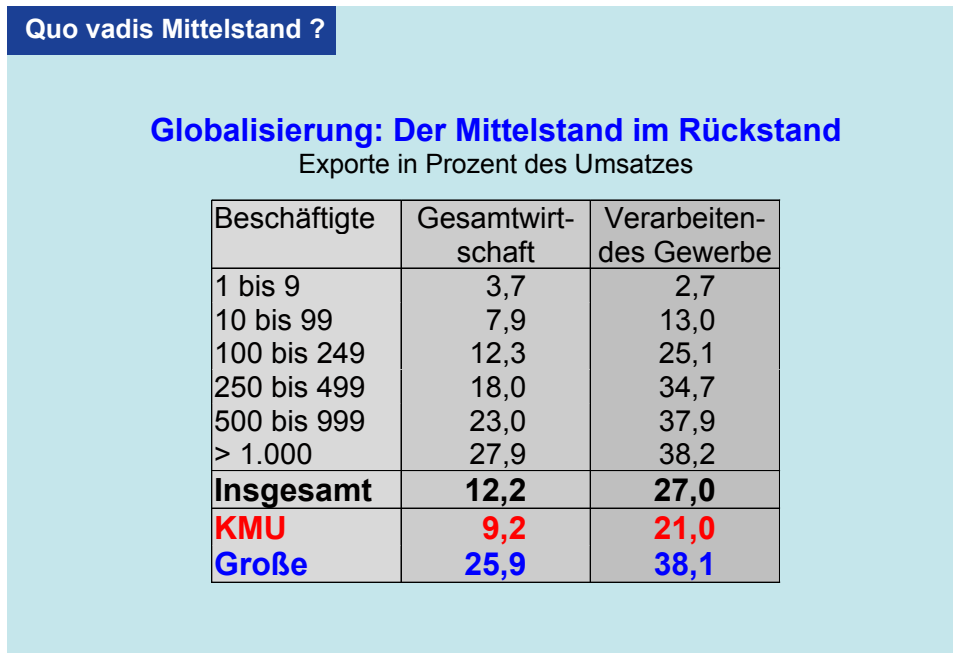
So zeigen die ersten Kalkulationen, dass Mittelstandskredite häufig auch zukünftig in eine relativ ungünstige Risikoklasse eingestuft werden können und dann natürlich mit steigenden Kreditkosten für die Unternehmen zu rechnen ist, die in dem Rating vergleichsweise schlechter abschneiden werden.

Abseits dieser schwierigen Fragen glaube ich, dass sich der deutsche Mittelstand dem Strukturwandel auf den internationalen Kapitalmärkten nicht entziehen kann. Es wird einen Wandel hin zu einer verstärkten kapitalmarktorientierten Finanzierung geben. Deshalb muss der Mittelstand stärker aktiv an die Kapitalmärkte herantreten. Transparenz und eine offenere Informationspolitik werden gefragt sein. Sie müssen als einzelner Unternehmer, aber auch im Verband, mit guten Argumenten gegen das (Vor)urteil angehen „*Mittelstand = schlechteres Risiko = höhere Kreditkosten*“.

Sie sehen meine Damen und Herren, die Liste der Probleme ist lang. Der Strukturwandel auf den Finanzmärkten bietet dem Mittelstand aber auch eine Chance. Er wird durch den Druck des Marktes noch stärker als bisher gezwungen, seine Unternehmen auf Schwachstellen abzuklopfen und sich auch mit neuen innovativen Finanzierungsformen zu befassen. Viele mittelständische Unternehmen werden diese Umwälzungen zum Anlass nehmen, auch ihre Finanzierung auf eine breitere internationale Basis zu stellen.

Die zweite große Herausforderung, auf die ich abschließend kurz eingehen möchte, ist die Globalisierung, besser gesagt die Globalisierungs-Lücke. Mittelständische Unternehmen sind immer noch weniger stark exportorientiert als große Unternehmen. So exportieren Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten über 35 Prozent ihres Umsatzes. Bei Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten kommt nur jeder fünfte Euro Umsatz aus dem Auslandsgeschäft. Das bedeutet natürlich nicht, dass mittelständische Unternehmen nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Im Gegenteil – als Zulieferer großer exportstarker Unternehmen spüren sie den Wettbewerbsdruck täglich.

Übersicht 9:



BKTex

CONSULT

Der Mittelstand muss sich noch stärker als bisher direkt auf den ausländischen Märkten engagieren. Das gilt gerade für Mittel- und Osteuropa. Trotz der anvisierten Übergangsfristen werden viele mittelständische Unternehmen gerade in den Bereichen Handwerk und Bauwirtschaft durch die EU-Osterweiterung einem stärkeren Wettbewerbsdruck ausgesetzt werden. Sie müssen sich dem stellen und selbst den Weg auf diese Märkte suchen.

Meine Damen und Herren, die Liste von Herausforderungen ließe sich nahezu beliebig weiter verlängern. Das weite Feld der Aus- und Weiterbildung und die Überwindung des Facharbeitermangels wären Beispiele dafür.

Sie sehen und merken es selbst bei Ihrer Arbeit.

Mittelständische Unternehmen stehen vor vielen neuen Problemen und Schwierigkeiten, die jedoch, meine Damen und Herren, meiner persönlichen Auffassung nach durchaus auch lösbar sind. Woher nehme ich diesen Optimismus bei all den zuvor aufgelisteten Problemen und Molltönen?

Mittelständler sind dafür bekannt, dass sie sich sehr viel schneller als andere Unternehmen auf diese Probleme einstellen und flexibler reagieren. Ich gehe davon aus, dass dies in Ihrer Branche nicht anders ist. Denn gerade die Metall- und

Elektroindustrie ist es gewohnt, sich rasch an sich ändernde Marktbedingungen und technische Neuerungen anzupassen.

Damit Sie wie auch alle anderen mittelständischen Unternehmen die hier aufgezeigten Herausforderungen erfolgreich bestehen können, bedarf es jedoch realistischerweise auch einer politischen Reform-Flankierung. Der Mittelstand braucht keine gesonderten Förder- und Konjunkturprogramme oder gar Protektion. Was der Mittelstand braucht, ist eine faire Behandlung gegenüber unlauterer Konkurrenz. Er braucht auch klare und einfache Rahmenbedingungen statt komplizierter Bürokratie und staatlicher Gängelung.

Damit ist nun gerade jetzt dringender und drängender die Politik gefordert, statt der ruhigen Hand eine entschlossene tatkräftige Hand zu zeigen und auf die Herausforderungen zu reagieren. Welche Weichen in welchen Bereichen anders von der Politik zu stellen sind, habe ich Ihnen aufgezeigt.

Ich appelliere daher abschließend an die führenden Politiker in unserem Land, in dieser schwierigen Phase ebenso zu verfahren, wie es Unternehmer gewohnt sind: weniger über Probleme zu diskutieren als vielmehr die Probleme tatsächlich anzupacken und etwas im wahrsten Sinne des Wortes zu unternehmen! Wenn es dann noch das Richtige ist, wird der Mittelstand auch weiterhin Motor für Innovation und Beschäftigung in unserem Land sein!

Vielen Dank für Ihre strapazierte Aufmerksamkeit!

Köln, im November 2003